

Verkehrsausschuß

Protokoll

8. Sitzung (nicht öffentlich)

5. Dezember 1985

Flughafen Düsseldorf GmbH, Düsseldorf-Lohausen
Terminal 1, Konferenzräume 2 und 3

13.15 Uhr bis 14.35 Uhr

Vorsitzender: Abg. Kröhan (SPD)

Stenographin: Igel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 10/450, 10/500

Vorlagen 10/174, 10/176

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

- a) Einführung in den Verkehrsetat 1986 durch den Minister

Die Einführung wird auf Wunsch des Ministers in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 16.1.1986 erfolgen.

- b) Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Die Personaltitel des Kapitels 11 010 werden einstimmig verabschiedet. Die Erläuterung erfolgt durch Staatssekretär Dr. Nehrling.

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

c) Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Alle Titel dieses Kapitels werden vom Ausschuß beraten und bis auf die Titel der Titelgruppen 61, 63 und 68 verabschiedet. Die Beratungsergebnisse sowie Auskunftsersuchen an das Ministerium sind im Diskussionsprotokoll in der Reihenfolge der Titel des Kapitels aufgelistet.

2 Neufassung des Investitionshilfeprogramms ÖPNV-NW
Vorlage 10/107

Nach einem Bericht des Ministeriums und mehreren Fragen der Abgeordneten, deren Beantwortung zur nächsten Ausschußsitzung am 16.1.1986 erbeten wird, stellt der Vorsitzende fest, daß über den Entwurf der Richtlinien gemäß Anlage zu Vorlage 10/107 einschließlich der auf Seite 9 des Diskussionsprotokolls aufgeführten Änderung in Ziffer 3.1 das Benehmen mit dem Ausschuß hergestellt sei.

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

Aus der Diskussion

Zu 1: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

a) Einführung in den Verkehrsetat 1986 durch den Minister

Der Ausschuß erklärt sich auf Bitte des Ministers damit einverstanden, daß die Einführung in den Etat bis zum 16.1.1986 verschoben wird.

b) Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Die Personaltitel dieses Kapitels werden mit den durch die im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung erfolgten Veränderungen einstimmig verabschiedet.

Staatssekretär Dr. Nehrling (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr), der erst später eintrifft, erläutert den Personaletat des Ministeriums. Durch Organisationserlaß des Ministerpräsidenten vom 5.6. dieses Jahres sei ein Teil des Aufgabenbereichs Verkehr mit Ausnahme des Luftverkehrs dem Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zugewiesen worden. Daraufhin seien 88 Planstellen für Beamte, 66 Stellen für Angestellte und 2 Stellen für Arbeiter, insgesamt also 156 Stellen, aus dem früheren Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr umgesetzt worden.

Der Vollständigkeit halber wolle er auch mitteilen, daß der Bereich Landesentwicklung und damit 23 Planstellen für Beamte und 13 Stellen für Angestellte in das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft übergegangen seien. Im Etat des heutigen Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr seien insgesamt 442 Stellen (gegenüber 322 Stellen im früheren Ministerium) ausgewiesen.

Im Entwurf des Einzelplans seien noch zwei Staatssekretärstellen aufgeführt. Das Kabinett habe jedoch in seiner Sitzung am 26.11. dieses Jahres mit Wirkung vom 1.12.1985 die Umsetzung einer Planstelle der Besoldungsgruppe B 10 BBO - Staatssekretär - aus dem Einzelplan 11 in den Einzelplan 09 beschlossen. Diese Umsetzung werde in der nächsten Veränderungsmitteilung des Finanzministers enthalten sein.

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

c) Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Minister Dr. Jochimsen ist wegen Erkrankung verhindert, an der Beratung teilzunehmen.

Die Einnahmetitel 111 10 bis 182 00 werden nach Beantwortung einiger Detailfragen ohne formelle Abstimmung verabschiedet.

Zu Titel 526 20 - Kosten für Fluglärmkommissionen - fragt Abg. Böse (SPD), wie die Arbeit dieser Beiräte zu bewerten sei und ob es Erwägungen gebe, sie abzuschaffen.

Darauf antwortet Ministerialrat Hünermann (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie), diese Kommissionen seien durch § 32 b Luftverkehrsgesetz zwingend vorgeschrieben. Sie seien 1971/72 eingerichtet worden und hielten zwei bis drei ganztägige Sitzungen pro Jahr ab. Sie hätten sich außerordentlich bewährt; denn im Laufe der vielen Sitzungen sei eine vollständige Transparenz erreicht und völlig klar geworden, was auf dem Gebiet der Fluglärminderung machbar sei und was nicht. Von den Kommissionen seien erhebliche Verbesserungsvorschläge erarbeitet worden, und für lärmschwierige Landeplätze seien auf freiwilliger Basis Lärmschutzbeiräte eingerichtet worden.

Titel 526 20 wird einvernehmlich verabschiedet.

Titel 861 00 - Darlehen an Flughafen Düsseldorf GmbH - wird ohne Aussprache einvernehmlich verabschiedet.

Bei der Beratung der Titelgruppe 61 - Für den Ausbau von Flughäfen - bittet Abg. Aigner (SPD) um Mitteilung, was in dem auf Seite 1 der Vorlage 10/176 (Erläuterungsband zu Kapitel 08 080) angeführten Antrag des Arbeitskreises Flughäfen Nordrhein-Westfalen gefordert werde. In diesem Zusammenhang hebt er hervor, daß das Land auch Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Köln/Bonn finanziere, obwohl auch der Bund Anteilseigner sei, das Land hier also für den Bund Sicherheitsmaßnahmen bezahle. Deshalb bitte er, diese Titelgruppe zunächst nicht zu verabschieden.

Ministerialdirigent Linne (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) teilt mit, der Arbeitskreis Flughäfen Nordrhein-Westfalen, zu dem sich 12 Flugplatzbetriebsgesellschaften zusammengeschlossen hätten, gehe in diesem Schreiben davon aus, daß die Flughäfen bei den derzeitigen Fördersätzen für den Ausbau von Flugplätzen nicht in der Lage seien, ihren Eigenanteil zu tragen, und bitte um Prüfung, ob die Fördersätze wieder angehoben werden könnten, gegebenenfalls unter Setzung von Prioritäten.

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

Ferner bitte der Arbeitskreis das Land, auch die Erneuerung von Flughafenanlagen, soweit sie für die Funktionsfähigkeit erforderlich seien, zu bezahlen, obwohl zur Zeit in den Richtlinien nur die Bezuschussung von Ausbaumaßnahmen vorgesehen sei. In einigen Flughäfen seien die Start- und Landebahnen vorzeitig abgenutzt.

Auf die Frage des Abg. Aigner (SPD), wie das Ministerium zu entscheiden gedenke, antwortet MD Linne (MWMT), der Antrag werde zur Zeit geprüft. Es gehe in erster Linie darum, den Umfang der Anforderungen abzugrenzen, damit man nicht ein Faß ohne Boden öffne.

Abg. Aigner (SPD) bittet, vor der Entscheidung über solche Anträge den Verkehrsausschuß zumindest zu informieren. Diese Bitte wird vom Vorsitzenden unterstützt, der das Ministerium ersucht, vor der Verabschiedung dieses Haushaltsansatzes eine Vorlage zu erstellen, aus der hervorgehe, welche Erfordernisse auf den einzelnen Flughäfen zu verzeichnen seien.

Ministerialdirigent Tümpel (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) betont, daß in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen worden sei und daß eine negative Entscheidung wahrscheinlich sei, weil man sich keine zusätzlichen Lasten in dieser Richtung aufbürden könne.

Auf weitere Fragen des Abg. Hardt (CDU), welchen Prozentsatz der Arbeitskreis Flughäfen für die Förderung des Ausbaus von Flughäfen anstrebe und ob ein Kostenrahmen und Pläne für die Aufteilung auf die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften vorgesehen seien, antwortet MD Linne (MWMT), der Arbeitskreis habe gebeten, die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zum Ausbau von Flugplätzen wieder auf den Stand zu bringen, der durch den Gemeinsamen Runderlaß des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und des Finanzministers vom 4.10.1979 geschaffen worden sei. Die Forderung nach zusätzlicher Förderung von Erneuerungsmaßnahmen auf Flugplätzen, soweit sie für die Funktionsfähigkeit der einzelnen Anlagen erforderlich seien, sei nicht quantifiziert worden.

MD Tümpel (MWMT) weist nachdrücklich darauf hin, daß die Frage der Richtlinien vor einigen Jahren ausführlich behandelt und daß einvernehmlich entschieden worden sei, daß die seinerzeitige Höhe des Fördersatzes nicht mehr gerechtfertigt sei. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gebe es keine Gesichtspunkte, die Anlaß zu einer Änderung dieser Haltung sein könnten. Diese Meinung vertritt auch Abg. Aigner (SPD).

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

Zu der zweiten Forderung des Arbeitskreises, auch Erneuerungsmaßnahmen zu bezuschussen, erklärt MD Tümpel (MWMt), damit würde ein neuer Fördertatbestand in einer Dimension geschaffen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht tragbar erscheine. Auf die Frage des Abg. Hardt (CDU) nach der Höhe dieser Forderungen antwortet der Regierungsvertreter, er könne sich Größenordnungen vorstellen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu verkraften wären.

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) erklärt, die Flughäfen hätten diesen Antrag gestellt, weil sie große Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme und bei der Refinanzierung ihrer Anlagen hätten. Soweit ihr bekannt sei, seien sie aber bereit, sich dahin gehend zu verständigen, daß, wenn der Topf der Zuschußmittel gleich bliebe, unter Umständen Prioritäten gesetzt werden müßten. Sie bitte, dem Ausschuß diesen Komplex auch unter diesem Aspekt sowie unter dem Gesichtspunkt der Refinanzierungsmöglichkeiten zu erläutern.

MD Linne (MWMt) teilt mit, diese Beschränkung sei in dem Schreiben des Arbeitskreises nicht enthalten. Wohl aber hätten die Flughäfen mündlich vorgetragen, daß sie unter Umständen bereit seien, die Beibehaltung des derzeitigen Haushaltsansatzes zu akzeptieren, wenn Schwerpunkte gesetzt würden, so daß da, wo es dringend notwendig sei, auch wirklich gefördert werden könne.

Auch in diesem Falle, so erklärt der Vorsitzende, müsse sich der Ausschuß über die Reihenfolge der Förderung der einzelnen Flughäfen unterhalten. Er fragt, ob das Ministerium schon eine Vorlage erarbeitet habe.

Bisher sei das noch nicht geschehen, antwortet MD Linne (MWMt). Das Ministerium habe die Problematik durchaus erkannt. Für den Fall, daß ein Änderungsvorschlag gemacht werden sollte, müßte er ohnehin mit dem Verkehrsausschuß abgestimmt werden wie in der Vergangenheit auch. Aber im Augenblick wäre es sehr problematisch, ein positives Votum abzugeben, und hausintern sei noch nichts entschieden worden. Die Frage werde noch unter dem Gesichtspunkt geprüft, wie die Anforderungen abzugrenzen seien.

Der Vorsitzende bittet, die Vorlage bis Mitte Januar zu erstellen, damit die Fraktionen entscheiden könnten, ob sie einen Antrag stellen wollten.

Titelgruppe 61 wird zurückgestellt.

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

Bei der Debatte über Titelgruppe 63 - Zur Förderung der Luftfahrt - nimmt Abg. Aigner (SPD) das Beispiel der im Erläuterungsband Vorlage 10/176 auf den Seiten 6 bis 13 ausführlich beschriebenen Deutschen Gesellschaft für Ortung und Navigation e. V. (DGON), Düsseldorf, zum Anlaß für seine Forderung, daß allgemein überprüft werden müsse, ob die Tätigkeit dieser und anderer aus den verschiedensten Einzelplänen geförderter Institutionen auch wirklich den Interessen des Landes diene oder ob hier Polittourismus oder Betätigungen von Ruhestandsbeamten vom Land gefördert würden. Er möchte vor der Abstimmung vernünftige Begründungen dafür hören, daß diese und ähnliche Förderungen angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage gerechtfertigt seien. Seine Fraktion werde diese Frage im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Universitätsinstituten sorgfältig prüfen.

Ministerialrat Glow (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie), der betont, daß er auf die Beantwortung dieser Frage nicht vorbereitet sei, teilt mit, das Land habe die Förderung der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DGLR) eingestellt und dieser Gesellschaft im letzten Jahr nur einen kleinen Zuschuß zur Anmietung der Veranstaltungshalle in Bonn für ein Symposium zukommen lassen, das Probleme im Zusammenhang mit dem in Köln zu errichtenden Windkanal behandelt habe und an dem ein besonderes Landesinteresse zu erkennen gewesen sei.

Eine strenge Überprüfung der DGON sei bisher - da die Unterstützung der DGLR im wesentlichen eingestellt worden sei, und vielleicht auch aus einer gewissen Tradition heraus - noch nicht vorgenommen worden. Das Land unterstütze diese Gesellschaft, die auch Bundeszuwendungen erhalte, weil sie ihren Sitz in Düsseldorf habe und sich zum Zwecke der Sicherheit des Verkehrs bemühe, verschiedene die Verkehre in den Bereichen Schifffahrt, Luftfahrt, Raumfahrt und Landverkehr koordinierende Maßnahmen durchzuführen, die auch im Interesse des Landes lägen.

Das Ministerium habe im übrigen dafür gesorgt, daß der Stellenplan dieser Gesellschaft zurückgefahren worden sei. Sie erbringe, da sie weitgehend Ruhestandsbeamte beschäftige, mit ganz geringem Personalaufwand ein Optimum an Leistungen.

So sei im vorigen Jahr in Münster ein Symposium veranstaltet worden, das Überlegungen für die im Lande ansässigen Technischen Überwachungsvereine angestellt habe, aus denen auch das Land profitiere. Ferner sei eine Untersuchung zum Thema des regionalen Luftverkehrs zu erwarten, aus der Anregungen für die Verrbilligung des Betriebes der regionalen Flughäfen und Landeplätze gezogen werden könnten. Auf diese Arbeiten sowie auf die Literatur-

Verkehrsausschuß
8. Sitzung

05.12.1985
ig-ro

auswertungen der Gesellschaft könne das Land zurückgreifen und dadurch auf die Vergabe mancher Gutachten verzichten. Das Ministerium werde eine ausführliche schriftliche Beantwortung nachreichen. - Die Stellungnahme von Direktor Peters, dem anwesenden Geschäftsführer der Flughafen Düsseldorf GmbH, der dem Vorstand der Gesellschaft angehört, soll in den schriftlichen Bericht aufgenommen werden.

Auf die Frage des Abg. Böse (SPD), welche anderen Institutionen im Bereich der Luftfahrt gefördert würden, antwortet MR Glow (MWMT), das Land sei Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsbetriebe und in der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt und fördere außer der DGON nur das schon genannte Symposium der DGLR. Weitere Förderungsmaßnahmen gebe es im Bereich der Luftfahrt nicht. Auch diese Angaben würden in die schriftliche Vorlage aufgenommen.

Zu den Titeln 812 63 und 892 63 werden keine Fragen gestellt. Die Titelgruppe 63 wird zurückgestellt.

Zu Titelgruppe 67 - Für den Flughafen Essen-Mülheim - bittet Abg. Wolf (SPD) um Erläuterung der erheblichen Differenzen zwischen den Haushaltsansätzen für 1985 und den laut Erläuterungsband, Seite 15, bis zum 31.10.1985 abgeflossenen Mitteln.

MD Tümpel (MWMT) erwidert, der Stichtag 31.10. sei wenig aussagekräftig. Es sei normaler haushaltsmäßiger Ablauf, daß die Zuschußbeträge noch bis zum Jahresende abgerufen würden.

Auf die Frage des Abg. Hardt (CDU) nach dem Stand des Planfeststellungsverfahrens antwortet MD Linne (MWMT), das Planfeststellungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen. Die Gesellschafter hätten weitere Fragen an die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft gerichtet, die abgeklärt werden müßten, bevor das Planfeststellungsverfahren fortgeführt werden könne.

Der Vorsitzende fügt hinzu, die beiden Städte hätten sich als Gesellschafter der Flughafengesellschaft noch einmal abschließend geäußert. Die Abstimmungen seien zum Teil erfolgt, zum Teil noch im Gange. Ihre Stellungnahmen zum Planfeststellungsverfahren als Beteiligte würden Anfang des nächsten Jahres erfolgen. Inzwischen ruhe das Verfahren.